



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 15.06.2021
*öffentlich***

Ort: Videokonferenz
Zeit: 16:30 Uhr bis 18:27 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Ute Haupt	Ausschussvorsitzende Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Vertreterin für Frau Jahn
Bernhard Bönisch	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Teilnahme bis 17:47 Uhr
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle Vertreter für Herrn Raue Teilnahme bis 16:40 Uhr
Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dörte Jacobi	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Beate Gellert	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale) Vertreterin für Herrn Schöder
Dr. Tarek Ali	Sachkundiger Einwohner
Ines Dunker	Sachkundige Einwohnerin Teilnahme bis 18:05 Uhr
Guido Haak	Sachkundiger Einwohner
Melissa Hecht	sachkundige Einwohnerin
Tobias Heinicke	Sachkundiger Einwohner Teilnahme bis 17:47 Uhr
Markus Jürisch	Sachkundiger Einwohner
Jan Röttschke	Sachkundiger Einwohner Teilnahme bis 17:47 Uhr

Verwaltung

Katharina Brederlow	Beigeordnete Bildung und Soziales
Dr. Heike Schaarschmidt	Referentin Bildung und Soziales
Dr. Christine Gröger	Leiterin Fachbereich Gesundheit
Annerose Winter	Stellv. Leiterin Fachbereich Soziales

Entschuldigt fehlten:

Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Olaf Schöder	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Angela Ernst	Sachkundige Einwohnerin
Elke Schwabe	Sachkundige Einwohnerin

zu **Einwohnerfragen**

Es lagen keine Einwohner/-innenfragen vor.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Haupt**, eröffnete die Sitzung und wies darauf hin, dass aufgrund der Videokonferenz ein namentlicher Aufruf zur Feststellung der ordnungsgemäßen **Einladung** und Beschlussfähigkeit erfolgen wird.

Der namentliche Aufruf aller Mitglieder des Ausschusses erfolgte und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses wurde durch **Frau Haupt** festgestellt.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Haupt sprach an, dass der unter dem TOP

5.3. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung eines Bestattungswaldes
Vorlage: VII/2021/02532

nicht in die Zuständigkeit des Ausschusses gehört und deswegen stellte sie den Geschäftsordnungsantrag nach § 10 (i) auf Nichtbehandlung.

Frau Jacobi redete gegen die Nichtbehandlung, da sie dazu einige Nachfragen, u. a. zu Sozialbestattungen, hat und sie eine Zuständigkeit als gegeben ansieht.

Herr Raue unterstützte den Antrag auf Nichtbehandlung.

Frau Haupt rief zur Abstimmung des GOA auf:

Abstimmungsergebnis StRä: **mehrheitlich zugestimmt**
zum GOA

Damit wurde der GOA angenommen und der TOP 5.3 wird nicht behandelt.

Frau Haupt rief die Stadträt/-innen zur namentlichen Abstimmung der geänderten Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Die geänderte Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 12.05.2021
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten

- 5.1. Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung einer Gesamtübersicht von ausgereichten Fördermittel der Stadt Halle (Saale) zur Verbesserung der Transparenz bei der Vergabe
Vorlage: VII/2021/02492
- 5.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Abgabe von Menstruationsprodukten an Kinder und Jugendliche
Vorlage: VII/2021/02479
- 5.2.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Abgabe von Menstruationsprodukten an Kinder und Jugendliche;
Vorlage: VII/2021/02717
- 5.3. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung eines Bestattungswaldes
Vorlage: VII/2021/02532 **NICHTBEHANDLUNG**
- 5.4. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Eindämmung der sozialen und ethnischen Segregation durch Erlass einer Zuzugsbeschränkung nach dem Aufenthaltsgesetz für Migranten
Vorlage: VII/2021/02526
- 6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7. Mitteilungen
 - 7.1. Berichterstattung Jobcenter zum Arbeitsmarktmonitor, Bildung und Teilhabe etc.
 - 7.2. Aktueller Stand Haus der Jugend
 - 7.3. Aktueller Stand Frühe Hilfen
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 12.05.2021

Die Niederschrift vom 12.05.2021 wurde ohne Einwendungen bestätigt.
Hierzu erfolgte der namentliche Aufruf der Stadträt/-innen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung einer Gesamtübersicht von ausgereichten Fördermitteln der Stadt Halle (Saale) zur Verbesserung der Transparenz bei der Vergabe
Vorlage: VII/2021/02492

Antrag auf Wortprotokoll durch die SPD-Fraktion

Frau Haupt

Und wir kommen dann zum Tagesordnungspunkt 5.1 und zwar der Antrag der CDU- Fraktion zur Erstellung einer Gesamtübersicht von ausgereichten Fördermitteln der Stadt Halle (Saale) zur Verbesserung der Transparenz bei der Vergabe.

Der Antrag war ja auch schon in verschiedenen Ausschüssen, das will ich jetzt aber nicht alles sagen. Interessant ist nur, doch, das muss ich sagen, dass der Kulturausschuss vertagt hat, aber andere Ausschüsse trotzdem zugestimmt haben. Also, wir können das auch heute trotzdem behandeln, würde aber der Antragstellerin/dem Antragsteller, ich weiß nicht, wer da spricht für die Fraktion, gern das Wort geben. Frau Wünscher, bitte.

Frau Dr. Wünscher

Ja, ich möchte gleich vorweg sagen, wir haben das im Kulturausschuss vertagt, diesen Antrag, weil die Meinung der Verwaltung war, dass das, was wir uns vorstellen, kompliziert herzustellen geht.

Ich sage aber jetzt erstmal noch, was wir uns vorstellen.

Wir möchten gern, dass die Empfänger von Projektgeldern oder die Empfänger von Zuwendungen sozusagen, dass die aufgelistet sind und dass wir sozusagen in einer Matrix erkennen können, aus welchen Bereichen der Stadt sie Geld empfangen haben. Also sage ich mal, jetzt beliebig herausgegeben, herausgegriffen, Projektgeldempfänger X hat Geld aus dem Umweltbereich, aus dem Sozialbereich und aus dem Kulturbereich. Nur mal zum Beispiel. Dass das sozusagen horizontal aufgelistet ist, sodass man auf einem Blick sehen kann, wie die Zuwendungsempfänger sozusagen mit öffentlichem Geld bedacht wurden.

Das, was es wohl schon gibt in der Stadtverwaltung, es gibt eine Aufstellung, wo das so zum Beispiel nach Fachbereichen gegliedert ist. Da würde das dann so sein, da wird der Projektempfänger meinetwegen einmal im Fachbereich Umwelt aufgeführt, einmal im Fachbereich Soziales und einmal im Fachbereich Kultur. Das würde bedeuten, dass man sich das irgendwie mühsam zusammen suchen muss und da das ja alles im System enthalten ist, haben wir die Vorstellung, dass man die Matrix so umstellen könnte, dass das auf einem Blick zu erkennen ist, gerade auch wegen der erhöhten Transparenz.

Im Kulturausschuss kam das Argument auf, dass wir damit nur eine Neiddebatte erzeugen würden und den Zuwendungsempfängern, die besonders rührig sind, sozusagen aus unterschiedlichsten Bereichen Geld empfangen, das wir denen das nicht gönnen würden.

Also das muss ich hier mal für uns ganz stark zurückweisen, das ist überhaupt nicht unser Anliegen. Und wenn Zuwendungsempfänger besonders tüchtig sind, und wenn sie auch in ihrem Spektrum breit angelegt sind, warum sollen sie dann nicht aus unterschiedlichen Bereichen auch Zuwendungen erhalten. Bloß, wir möchten es erkennen können und sehen können und deshalb dieser Antrag und im Laufe der Zeit ist auch dieser Antrag ja auch mehrfach geändert worden, ist praktisch immer noch erweitert worden, um weitere Bereiche

und ich denke, das könnte für alle hilfreich sein, wenn man das sozusagen sofort auf einen Blick erkennen kann, wie sich die Mittelvergabe hier in der Stadt gestaltet. Und ich bitte natürlich hier in diesem Ausschuss um Zustimmung zu diesem Antrag.

Frau Haupt

Vielen Dank, Frau Dr. Wünscher. Ich habe die Wortmeldung von Herrn Senius gesehen, möchte aber erstmal der Verwaltung noch das Wort geben, falls sie dazu gleich etwas sagen möchte. Frau Brederlow, möchten Sie?

Frau Brederlow

Ja, ganz kurz. Es ist ja im Bildungs- und Jugendhilfeausschuss behandelt und auch zugestimmt worden. Die Verwaltung kann an der Stelle nur den Hinweis geben, dass wir gerade in den Ausschüssen Jugendhilfe, Bildung und auch hier im Sozialausschuss sehr transparent auch die Mittelvergabe vorstellen, in den Ausschüssen. Im Endeffekt ist es natürlich auch möglich, das zusammenzufassen, ob das tatsächlich dann den Effekt hat, dass man eine Übersicht bekommt, welche Vereine ganz besonders hier gefördert werden, wage ich mal zu bezweifeln, da natürlich die Vereine auch unterschiedliche Maßnahmen haben und wir auch unterschiedliche Bereiche fördern in den Ausschüssen. Also insofern gebe ich das zu bedenken, letztlich ist es eine Fleißarbeit, inwiefern da tatsächlich Transparenz herzustellen ist, das wage ich jetzt nicht eindeutig zu beantworten. Vielen Dank.

Frau Haupt

Dankeschön Frau Brederlow.

So jetzt habe ich die erste Wortmeldung gesehen, Herr Senius bitteschön.

Herr Senius

Also für den Antrag spricht erstmal, dass es eine schöne Serviceleistung der Verwaltung wäre, wenn wir auf einen Blick in einer Übersicht die Transparenz über die unterschiedlichen Förderbereiche hätten, die auf einen Träger zulaufen. Wenn allerdings mit dem Antrag beabsichtigt wird, dass wir zum Schluss eine Aufrechnung vornehmen, nach dem Motto: Du hast im Sozialbereich schon etwas bekommen, jetzt kriegst Du im Jugendhilfebereich weniger oder im Kulturbereich weniger, dann wäre das für mich ein sehr kritischer Antrag, weil jedes Ressort im Endeffekt eine, es gibt eine Förderrichtlinie, da werden Kriterien abgefragt und die werden gefördert. Und wenn es jetzt Projekte gibt, die sowohl im Sozialen als auch im Kulturbereich, als auch vielleicht im Sportbereich tätig sind, dann ist es völlig in Ordnung, wenn diese Projekte auch aus allen drei Töpfen ggf. Förderleistungen bekommen.

Also, mich irritiert, Frau Wünscher, eigentlich nur eines und zwar in Ihrem Beschlussantrag der Satz, dass eine Beurteilungsgrundlage der Gesamtzuswendungen sowie der Leistungs- und Innovationskraft von Trägern usw. enthalten ist. Also vielleicht könnten Sie das auch nochmal ausräumen, ob es beabsichtigt ist mit der Beschlussvorlage. Ansonsten ist es natürlich eine gute Serviceleistung für mehr Transparenz und für einfache Transparenz des Stadtrates. Danke.

Frau Haupt

Vielen Dank, ich habe Frau Wünscher, Sie sind direkt auch angesprochen und Sie waren jetzt auch die Nächste und dann hat sich Herr Bönisch gemeldet. Ja, in der Reihenfolge, würde ich jetzt vorschlagen. Bitte, Frau Dr. Wünscher.

Frau Dr. Wünscher

Ja Herr Senius, ich hatte gedacht, dass ich das, als ich den Antrag jetzt nochmal eingebracht hatte, dass ich das ganz eindeutig gesagt hätte. Ich glaube mich zu erinnern, gesagt zu haben, dass, wenn Träger sehr vielseitig aufgestellt sind und in unterschiedlichen Bereichen Fördermittel sozusagen beantragen und sie dann auch bekommen, dann ist das doch völlig in Ordnung. Wir wollen nur eine Übersicht haben und ich hatte auch gesagt, diese, dieses

Neidargument, was da aufgekommen ist, auch das spielt bei unserer Antragstellung überhaupt keine Rolle. Es geht nur darum, dass wir sozusagen diese Übersicht haben und wissen, welche Träger von wo irgendwelche Zuwendungen bekommen und ich denke, das könnte in unser aller Sinne sein und diese Diskussion: Du hast in der Jugendhilfe was bekommen und dann bekommst du im Sport nichts oder umgekehrt oder so, also das liegt uns fern und deshalb kann ich nur nochmal bitten, dass wir dem zustimmen und wenn wir das dann haben und sehen, dass uns das eigentlich nicht weiterbringt und wir haben das ja für mehrere Jahre angefordert, gut, dann können wir sagen, das hat uns in unserer Erkenntnis nicht wesentlich weitergebracht, aber erstmal denke ich, wäre es schön, wenn wir so eine Übersicht hätten und nochmal kein Neid, keine Ausschlusskriterien o. ä.

Frau Haupt

Danke. Herr Bönisch war jetzt der Nächste bei mir.

Herr Bönisch

Ich denke, das hat sich jetzt erübrigt, danke.

Frau Haupt

Gut, alles klar.

Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Senius noch einmal. Ist das eine Wortmeldung? Ja.

Herr Senius

Ja, es ist eine Wortmeldung. Danke Frau Wünscher, ich bitte, dass zu Ihrer Aussage Wortprotokoll erstellt wird, das im Endeffekt zur Niederschrift genommen wird, nur zu Ihrer Aussage, die so klarstellend ist, ich hätte sie so klarstellend nicht aus dem Beschlussantrag herausgelesen, deshalb ist es für uns ganz entscheidend, wie es gemeint ist. Und danke für die Klarstellung und danke auch der Verwaltung für das kurze Wortprotokoll für die Aussage von Frau Wünscher.

Frau Haupt

Gut, ich danke Ihnen auch. Weitere Wortmeldungen habe ich jetzt nicht gesehen, doch Herr Raue bitte.

Herr Raue

Ja ich hätte vielleicht zum Antrag auch nur eine kurze Schilderung aus meiner Sicht dann. Gerade, was in der Begründung im letzten Satz oder im letzten Abschnitt gefordert ist, im Prinzip diese Aufgliederung nach Mittel geflossen/Mittel beantragt/nicht ausgeschöpfte Mittel und was damit geschehen ist und dergleichen, das, wenn also der Antragsteller CDU darüber dann die Information gern erhalten will, was ich natürlich auch begrüßen würde, müsste das aber vielleicht dann auch im Beschlusstext stehen und nicht nur in der Begründung. Denn im Beschlusstext stünde es jetzt so nicht. Das wollte ich nur nochmal bemerken, denn, was im Beschlusstext steht, steht eigentlich nur: Wer hat wie viel Geld bekommen und nicht wofür wird das verwendet? Welche Reichweite erzeuge ich damit? Das steht ja letztendlich unten in der Begründung drin, welche Reichweite, wie viele Leute damit, was weiß ich, gefördert werden konnten oder erreicht werden sollten oder wurden, das würde jetzt der Beschlusstext nicht hergeben, wenn die Verwaltung den so umsetzt und jetzt nicht mehr, sich da jetzt nicht gutwillig zeigt, das wollte ich nur nochmal sagen. Also ggf. müsste man dann den letzten Satz der Begründung noch zum Teil des Beschlusstextes machen, darauf wollte ich nur die Kollegen von der CDU hinweisen.

Frau Haupt

Gut, danke. Ich frage jetzt noch einmal, ob es weitere Wortmeldungen gibt. Ich sehe jetzt doch noch eine, Herr Bönisch, bitte.

Herr Bönisch

Ja Herr Raue, lassen Sie uns doch erstmal anfangen, das soll ja eine jährliche Berichterstattung werden. Wenn Sie sinnvoll erscheint, wenn wir sie das erste Mal bekommen haben, sehen wir, ob wir damit irgendetwas anfangen können. Es gilt ja nicht nur eine Neugier zu befriedigen, sondern tatsächlich damit zu arbeiten und sollte sich dann noch etwas ergeben an Bedarf oder eine Redundanz dann können wir das immer noch berücksichtigen für Weiteres. Also insofern würde ich jetzt nichts mehr ändern wollen an dem Antrag.

Frau Haupt

Gut. So, noch einmal die Frage, möchte noch jemand dazu sprechen?

Das ist jetzt nicht mehr der Fall, sodass wir abstimmen können. Hier frage ich als erstes die sachkundigen Einwohner/-innen nach ihrem Votum und ich rufe auf:

Herr Dr. Tarek Ali	Enthaltung
Frau Ines Dunker	Ja
Frau Ernst ist nicht da	
Herr Haak	Ja
Herr, nein Frau Hecht	Ja
Herr Heinicke	Ja
Herr Jürisch	Ja
Herr Röttschke	Enthaltung
Frau Schwabe ist entschuldigt	

Damit war das Votum eindeutig. Die sachkundigen Einwohner empfehlen uns praktisch hier eine Zustimmung. Und jetzt frage ich die Stadträte.

Herr Bönisch	Ja
Frau Gellert	Ja
Frau Haupt	Enthaltung
Herr Helmich	Enthaltung
Frau Dr. Kreuzfeldt	Ja
Frau Krischok	Ja
Frau Mark	Ja
Herr Raue	Ja
Frau Jacobi	Nein
Herr Senius	Ja
Und Frau Dr. Wünscher	Ja

Das war mehrheitlich Ja, bei einer Gegenstimme, wenn ich das jetzt richtig gesehen habe, ja. 8 Ja, 2 Enthaltungen, 1 Nein.

Damit ist der Antrag angenommen.
Ich danke Ihnen.

Ende Wortprotokoll.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
8 Ja
1 Nein
2 Enthaltungen

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Erstellung einer die Geschäftsbereiche übergreifenden Gesamtübersicht von ausgereichten Fördermitteln, aus der ersichtlich wird, welche Mittel an die einzelnen Antragsteller insgesamt ausgereicht wurden (auch Zuwendungen durch die Verwaltung ohne Stadtrats- oder Ausschussbeschlüsse). Erfasst werden sollen Antragsteller der Förderung der **Bildung**, Kultur, **Sport**, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung sowie Bürgerengagement und der Jugendhilfe. Für diese Antragsteller sollen auch die Förderungen aus anderen Bereichen aufgelistet werden. Die Übersicht wird für die Jahre 2018, 2019 und 2020 erstellt. Für das Jahr 2021 werden zumindest die beantragten Summen aufgelistet. Die Übersicht wird bis zum **31.12.2021** ~~30.09.2024~~ ~~30.06.2024~~ erstellt, um für die kommenden Beschlüsse zu Fördermittelvergaben eine Beurteilungsgrundlage der Gesamtzuwendungen sowie der Leistungs- und Innovationskraft von Trägern sowie der Verteilung im Stadtgebiet zu erhalten. Als Entscheidungsgrundlage auch für die kommenden Jahre wird diese Gesamtübersicht künftig jährlich im zweiten Quartal dem Stadtrat vorgelegt.

zu 5.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Abgabe von Menstruationsprodukten an Kinder und Jugendliche
Vorlage: VII/2021/02479

zu 5.2.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Abgabe von Menstruationsprodukten an Kinder und Jugendliche; VII/2021/02479
Vorlage: VII/2021/02717

Frau Haupt wies auf den zum Antrag vorliegenden Änderungsantrag hin. Sie brachte den Antrag ihrer Fraktion ein.

Frau Dr. Kreutzfeldt brachte dann den Änderungsantrag ihrer Fraktion ein.

Frau Brederlow verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung. Es ist eine neue freiwillige Aufgabe, der Antragsteller erwähnt keine möglichen Kosten. Eine Sponsorengewinnung ist nicht einfach, da an vielen Stellen diese angefragt sind.

Sie sprach an, dass bereits in den Kostensatzverhandlungen und Förderregelungen die Möglichkeit hierzu in den Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen bereits gegeben ist. Diese müssen also im Beschlussantrag nicht mit enthalten sein, da dies erledigt ist. Für die kommunalen Bildungseinrichtungen ist der Kulturausschuss zuständig. Sie drückte ihre Verwunderung darüber aus, dass dieser Antrag im Sportausschuss nicht behandelt worden ist, da es aus ihrer Sicht auch in dem Bereich ein Thema ist.

Frau Brederlow sprach für den Änderungsantrag, da dieser klarer dargestellt wurde und empfahl bei einer Annahme, dem Änderungsantrag zuzustimmen. Es muss geschaut werden, welche Schulformen es betrifft, hier sah sie die Förderschulen vordergründig.

Herr Bönisch fragte nach der Häufigkeit der Nutzung des Angebotes bei den Schulen, wo dies bereits umgesetzt wird. Er wollte wissen, warum dies nur auf Kinder und Jugendliche beschränkt werden soll, da auch Pädagoginnen in so einen Notfall kommen könnten. Er fragte, ob dies gefördert werden kann, wenn dieses Angebot auch bei unkontrollierter Entnahmemöglichkeit „missbraucht“ werden kann, indem dies nicht nur im Notfall in Anspruch genommen wird.

Herr Raue sah dies ebenso, die Stadt sollte über eine Notfallversorgung hinaus dies nicht umsetzen müssen. Er sprach an, dass bei sozial Benachteiligten in den Regelsätzen bereits

Hygieneartikel aller Art mit berücksichtigt wurden. Es gibt bereits sehr preiswerte Produkte. Er sah eine zusätzliche Belastung des Haushaltes der Stadt, wenn dies flächendeckend eingeführt werden sollte.

Frau Brederlow sagte nochmals, dass es sich um eine freiwillige Aufgabe handeln würde und die Stadt dazu nicht verpflichtet werden kann. In der Regel gibt es in den Schulsekretariaten für derartige Notfälle entsprechende Produkte.

Sie wies darauf hin, dass es nicht um Notfallbedarfe für sozial Benachteiligte geht, sondern generell für alle Mädchen, anders wäre dies auch nicht sicherzustellen. An Grundschulen ist diese Thematik in der Regel noch kein Thema und ein Bedarf nicht gegeben.

Durch **Frau Dr. Wünscher** wurde gefragt, warum davon ausgegangen wird, dass Familien nicht in der Lage sind, sich um die hygienischen Bedarfe ihrer Töchter entsprechend zu kümmern. Zur Notfallsausstattung wurde bereits durch Frau Brederlow ausgeführt. Hier wird ein Problem produziert, was sich in dieser Breite des Antrages gar nicht stellt. Wo fängt es an und wo hört das zukünftig auf? Sie wird dem Antrag nicht zustimmen.

Frau Haupt wies auf die Begründung im Antrag hin und ging kurz nochmals darauf ein. Sie machte deutlich, dass es nicht nur um Notfallbedarfe geht. Mit dem Antrag soll auch eine Geschlechterungerechtigkeit ausgeglichen werden.

Frau Mark sprach an, dass der städtische Haushalt nicht so aufgestellt ist, dass die Umsetzung des Antrages geleistet werden könnte. Eine flächendeckende Umsetzung ohne Kontrolle der Vergabe sah sie als schwierig an. Ihre Fraktion wird dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Bönisch sagte, dass er den Antrag bisher als „Notfallversorgung“ angesehen hat und widersprach dem dargestellten Ansinnen, dass damit auch eine Geschlechterungerechtigkeit ausgeglichen werden soll. Da es die Aussage von Frau Brederlow gibt, dass für Notfälle in den Schulen bereits vorgesorgt wurde, wird er dem Antrag nicht zustimmen.

Frau Dr. Kreuzfeldt befürwortete das Anliegen von Frau Haupt, da es hierbei auch um einen symbolischen Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit geht. Da die Umsetzung als schwierig angesehen wird, sollte erst mit einem Pilotprojekt begonnen werden, um zu sehen, wie die Umsetzung funktioniert und welche Kosten damit verbunden wären.

Frau Gellert sprach an, dass die Aufklärungsrate unter den Jugendlichen nicht besonders ist, da auch im Biologieunterricht bestimmte Themen nur umrissen werden. Sie sprach sich ebenfalls dafür aus, dass für eine Notfallversorgung entsprechende Produkte zur Verfügung stehen sollten, flächendeckend sah sie dies als schwierig an, da auch die Haushaltslage dies nicht hergeben würde.

Durch **Frau Jacobi** wurde angesprochen, dass sie die Installation von entsprechenden Spendern auch als Bildungs- und Aufklärungsauftrag ansieht, um das doch tabuisierte Thema wahrnehmbarer zu machen. Bezüglich der Kosten wies sie darauf hin, dass zwei Medizinstudenten aus Magdeburg entsprechende Spender entwickelt haben, welche 100 Euro kosten. Die hygienischen Produkte sind kostengünstig zu erwerben und würden den Haushalt nicht massiv belasten, sodass sie dem Änderungsantrag mit dem Pilotprojekt zustimmen würde.

Herr Röttschke ging auf das mehrfach thematisierte Schamgefühl ein, insofern sah er eine anonyme Vergabe/Entnahme der Produkte als hilfreich an.

Frau Dr. Wünscher sah das Argument zur Gleichstellung als nicht gegeben an, dann müssten für die jungen Männer ebenfalls hygienische Artikel wie Rasierklingen, -schaum

verteilt werden. Im Verlauf der Diskussion wurde ihr deutlich, wie absurd das Anliegen des Antrages erscheint.

Herr Tarek Ali unterstützte das Anliegen eines Modellprojektes in einer Schule als sehr wichtig, da dies zu einer Aufklärung beiträgt, die er für prioritär ansieht, da das Thema oft sehr schamvoll behandelt wird.

Frau Hecht sah das Argument der Bereitstellung von Rasierklingen und –schaum für Jungen als unangebracht an und verwies darauf, dass auch Mädchen sich vor allem an den Beinen rasieren und dies kein Thema nur für Jungs ist.

Herr Röttschke sagte, dass es ein Unterschied ist, ob junge Frauen auf dem WC feststellen, dass sie gerade ihre Menstruation bekommen gegenüber dem, dass junge Männer feststellen, dass ihnen gerade ein Bart wächst. Hier ist doch klar, welchem Zustand schnell geholfen werden sollte und welchem nicht.

Herr Bönisch wies nochmals darauf hin, dass es im Antrag nicht darum geht, dass nur Notfällen abgeholfen werden soll, sondern dies generell flächendeckend zur Verfügung gestellt werden soll.

Herr Haak fragte Frau Brederlow, ob es sich bei einer Zustimmung des Antrages um eine freiwillige zusätzliche Leistung handelt, die momentan nicht zulässig ist.

Frau Brederlow antwortete, dass es sich um eine neue freiwillige Leistung handelt, die nach der Haushaltsverfügung momentan nicht umgesetzt werden dürfte, da hierfür keine Mittel zur Verfügung stehen.

Sie sagte, dass bei einer Zustimmung zum Antrag die Verwaltung bereits prüfen könnte, wie dies umsetzbar wäre.

Durch **Herrn Röttschke** wurde nochmals darauf eingegangen, dass die Notfallsituation bei jedem Mädchen oder Frau eintreten kann und er eine anonyme Behandlung des Problems als wichtig ansieht. Er sah die Sorge eines möglichen Missbrauchs des Angebots nicht.

Frau Haupt rief zur Abstimmung des Änderungsantrages und danach des Antrages auf.

**zu 5.2.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Abgabe von Menstruationsprodukten an Kinder und Jugendliche; VII/2021/02479
Vorlage: VII/2021/02717**

Abstimmungsergebnis sKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis: Strä: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird geändert und erhält folgende Fassung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, **im Rahmen eines Pilotprojektes im 1. Schulhalbjahr des Schuljahres 2021/22 in allen städtischen Schulen (eine Schule je Schulform), kommunalen Bildungseinrichtungen sowie Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen**

Menstruationsartikel (Binden, Tampons, Slipeinlagen) kostenfrei für Kinder und Jugendliche **über entsprechende Spender in den Toilettenanlagen** zur Verfügung zu stellen.
Die Ergebnisse des Pilotprojektes (ermittelte Verbräuche, Kosten etc.) werden dem Stadtrat zur weiteren Entscheidung vorgelegt.

zu 5.2 **Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Abgabe von Menstruationsprodukten an Kinder und Jugendliche**
Vorlage: VII/2021/02479

Abstimmungsergebnis skE: zugestimmt mit Änderungen

Abstimmungsergebnis StrÄ. zugestimmt mit Änderungen

Beschlussempfehlung

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, **im Rahmen eines Pilotprojektes im 1. Schulhalbjahr des Schuljahres 2021/22 in allen städtischen Schulen—(eine Schule je Schulform); kommunalen—Bildungseinrichtungen—sowie—Kinder—und—Jugendhilfeeinrichtungen** Menstruationsartikel (Binden, Tampons, Slipeinlagen) kostenfrei für Kinder und Jugendliche **über entsprechende Spender in den Toilettenanlagen** zur Verfügung zu stellen.
Die Ergebnisse des Pilotprojektes (ermittelte Verbräuche, Kosten etc.) werden dem Stadtrat zur weiteren Entscheidung vorgelegt.

zu 5.4 **Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Eindämmung der sozialen und ethnischen Segregation durch Erlass einer Zuzugsbeschränkung nach dem Aufenthaltsgesetz für Migranten**
Vorlage: VII/2021/02526

Antrag auf Wortprotokoll durch die AfD-Stadtratsfraktion

Frau Haupt

Wir kommen dann zum Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Eindämmung der sozialen und ethnischen Segregation durch Erlass einer Zuzugsbeschränkung nach dem Aufenthaltsgesetz für Migranten, also letztlich eine Art Resolution, der Antrag ist verwiesen worden in den Ausschuss.

Ich will nochmal auf die Bemerkung der Stadtverwaltung darauf eingehen, eine inhaltliche gibt es nicht. In der Vorbesprechung wurde das auch nochmal betont, dass es ja um eine Resolution geht. Ich weiß nicht, ob Frau Brederlow nachher noch etwas sagen will, trotzdem dazu, das werden wir dann sehen. Ich mache jetzt erstmal, sie sagt nein, hat aber erstmal der Antragsteller das Wort, ich nehme an, Herr Raue wird das übernehmen, bitte, Sie haben das Wort.

Herr Raue

Ja, sehr gern Frau Haupt. Nochmal vielen Dank, Sie haben es ja schon gesagt, dass, es handelt sich bei dem Antrag um eine Resolution. Wir haben ja dann unseren Antragstext noch einmal umgestellt. Wir sind insgesamt als AfD-Stadtratsfraktion, wahrscheinlich eint uns das alle, der Auffassung, dass wir das friedliche Zusammenleben in unserer Stadt auf jeden Fall fördern und sicherstellen sollen.

Also der Stadtrat hat da zumindest aus meiner Sicht eine Aufgabe und was wir jetzt in diesen Plattenbausiedlungen feststellen, insbesondere, was wir in Halle Neustadt feststellen, ist

einfach, dass junge Asylmigranten, die wir im Zuge sämtlicher Flüchtlingskrisen und anderer Fluchtgründe, sage ich mal, oder Migrationsgründe aufnehmen in der Stadt, fast alle gehen eigentlich nach Halle Neustadt. Und das führt jetzt dazu, dass dieser Stadtteil in relativ kurzer Zeit ethnisch umkippt, das heißt, das spätestens im Jahr 2030, wahrscheinlich sogar früher, im Jahr 2028, also in ganz wenigen Jahren in Halle Neustadt schon mehr Ausländer wohnen als Deutsche. Und da spreche ich jetzt nicht von den Menschen, die nur Migrationshintergrund haben und mittlerweile eine deutsche Staatsbürgerschaft, sondern ich spreche mal nur von Ausländern, wenn sich die Entwicklung, wie sie gerade läuft, vollzieht.

Und ich habe einfach auch gar keine Zweifel, dass sich die Entwicklung jetzt weiter vollziehen wird, weil die große Klammer darum, ist ja eigentlich die Zustimmung des Bundestags auch zum Migrationspakt und die Vereinbarung einfach darauf, dass man um eine Obergrenze von 200 000 Menschen herum regelmäßig Migration nach Deutschland zulässt und die Migration hauptsächlich, und das ist das Bedauerliche, die Deutschland ansteuert, eine Armutsmigration ist und eine Migration von Menschen, die einfach schlecht gebildet sind und auch aus Familien kommen, die keinerlei, ja, Zugang zur Bildung häufig gehabt haben. Und das stellt sich dann auch auf unserem Arbeitsmarkt schwierig dar und die Menschen, die zumindest dann nach Halle überwiesen werden oder der Stadt Halle zugewiesen werden, weil die Stadt Halle ja die Unterbringungspflicht hat, die sammeln sich dann in Halle Neustadt und kommen aus dieser Situation, dass sie dann eigentlich in ihrer großen Menge dauerhaft von Sozialleistungen leben, aus der Situation kommen die nicht raus und kommen dann auch aus Halle Neustadt nicht raus, weil da einfach der günstigste Wohnraum ist.

Und deshalb haben wir uns da entschlossen, den Stadtrat an der Stelle da auch um eine Resolution zu bitten, dass wir sozusagen als Stadtrat alle gemeinsam an die jetzt neu gewählte oder die demnächst neu gewählte Landesregierung herantreten und die Landesregierung dann auch auffordern, die Stadt Halle von weiteren Zuweisungen auszunehmen, sodass Halle sich erstmal, ich sage mal, dass, was wir an Menschen jetzt aufgenommen haben, dass wir die überhaupt, das wir das erstmal verkraften können, ja.

Ich bin, gehöre, das wissen Sie auch, zu den Menschen in Halle, die jetzt nicht in dieser Zuwanderung insbesondere in dieser Asylmigration eine Bereicherung sehen. Ich glaube auch, dass es bei Ihnen so ist, dass auch Sie da ausschließlich keine Bereicherung sehen und es ist eben immer die Frage, wie groß ist die Last, die wir tragen können und die Asylmigration die belastet die Stadt Halle jetzt unheimlich.

Das geht natürlich los in den Schulen, in den Kitas, auch natürlich über den Wohnungsmarkt, aber auch die Sicherheit im öffentlichen Raum. Und da habe ich jetzt gerade in den letzten Wochen viele, von vielen Vorfällen gehört, die mir das auch ziemlich, das war auch für mich relativ erschütternd, zu hören, dass also viele Bürger in Halle Neustadt und auch in anderen Plattenbauwohngebieten am Abend regelrecht Angst haben vor die Haustür zu gehen und dass das im Prinzip eine vollkommen neuartige Erscheinung ist. Viele haben auch tatsächlich in der Stadt Halle ohne wirklich verletzt worden zu sein, schon Erfahrung durch, ich sage mal, durch Messerbedrohungen und dergleichen, das sind alles Sachen, die müssen wir sehr ernst nehmen und nicht zuletzt müssen wir auch, denke ich, als Stadt Halle mal darüber nachdenken und auch für uns selbst mal die Kriminalitätsstatistik, die offizielle polizeiliche Kriminalitätsstatistik auswerten, das passiert ja häufig nur im Rahmen von Fahrraddiebstählen..

Frau Haupt

Aber das gehört jetzt nicht zum Antrag, Herr Raue, Entschuldigung, ja. Bleiben Sie bitte beim Antrag.

Herr Raue

Nein, nein, ich will nur sagen, dass ist eben ein wichtiger Punkt, in Halle passieren im Durchschnitt jeden Tag 1 Fall von schwerer Ausländergewalt, ja. Und 50 – 80 % der Vorfälle oder der Tatverdächtigen bei Delikten, Mord und Totschlag sind Ausländer und ich könnte das jetzt so weiter zählen, ja. Also die jungen Ausländer, oder überhaupt Ausländer bei uns in der Stadt, haben einen so signifikant höheren Anteil an der Kriminalität, dass das für uns eigentlich nicht mehr duldbar ist.

Und aus dem Grund brauchen wir jetzt einfach mal einen Stopp und auch an die Landesregierung mal ein Zeichen: Hört mal, ihr könnt jetzt nicht mehr pausenlos Menschen aufnehmen und in unsere Stadt Halle verweisen. wir haben von allen Flüchtlingen, die nach Sachsen-Anhalt gekommen sind, hat die Stadt Halle mit Abstand die meisten aufgenommen, noch viel mehr als Magdeburg und den Menschen in den Brennpunktvierteln, die schon mit ihrer eigenen sozialen Lage, da spreche ich jetzt von unseren deutschen Landsleuten, die mit ihrer eigenen sozialen Lage schon große Schwierigkeiten haben und deren Kinder es in der Schule auch nicht einfach haben. Denen muten wir sozusagen zu, völlig unreflektiert von ihren Zukunftschancen dann, denen muten wir zu, in Klassen zu gehen, wo die Lernschwierigkeiten durch einen hohen Flüchtlingsanteil auch noch anspruchsvoller sind oder wo im Prinzip dann ein Teil, das zeigt ja auch der Bildungsbericht der Stadt Halle, wo schlechte Ergebnisse erzielt werden, wo der Schulerfolg einfach nicht gesichert ist und ich könnte noch viel weiter erzählen.

Ich möchte Sie auch nicht langweilen, ich finde nur, dass das Thema so wichtig ist, dass wir es nicht einfach abtun sollten und ich glaube, wir Hallenser Stadträte sitzen da irgendwie alle in einem Boot und Sie wissen ganz genau, dass ich schon oft vor diesen Parallelgesellschaften gewarnt habe, die in anderen Städten schon Realität sind und da nützt es Ihnen auch am Ende nichts mehr, wenn das SEK kommt und ein paar Leute hochnimmt, wenn die erst anderen Menschen schwere Verletzungen und schwere Traumata zubereitet haben. Und das, bin ich der Meinung, sollten wir ernst nehmen und die Chance ergreifen, der Antrag, das ist mein letzter Satz dazu, der muss auch so nicht bleiben, ja, das ist eine Resolution, das ist unser AfD-Antrag, aber der Ausschuss kann auch sagen: Herr Raue, lassen sie uns das mal, wenn sie uns mitnehmen wollen, wenn wir es gemeinsam machen wollen, lassen sie es uns mal ein bisschen umformulieren, lassen sie uns vielleicht in der Begründung was verändern, sodass es vielleicht nicht so scharf ist. Ich habe es jetzt hauptsächlich für Sie so ein bisschen schonungslos aufgeführt, um bei Ihnen sozusagen diese wichtigen..

Frau Haupt

Das ist ein langer Satz, Sie haben gesagt, das ist der letzte Satz, Herr Raue.

Herr Raue

Ja, um Sie da im Prinzip mitzunehmen und aufzuwecken. Aber wenn Sie dieses Aufwecken nicht brauchen, lassen Sie uns dann den Antrag gemeinsam so qualifizieren, dass Sie auch mitgehen können und wir aber das Gleiche erreichen. Das wäre mein Appell. Gut.

Frau Haupt

Gut, jawohl, die Verwaltung hat gesagt, sie will dazu nicht nochmal etwas sagen an der Stelle und damit können wir gleich in die Diskussion gehen. Möchte jemand zum Antrag sprechen? Frau Dr. Kreutzfeldt ja, Frau Gellert, war das auch eine Wortmeldung? Nicht, gut, dass sah eben so aus. Frau Dr. Kreutzfeldt, Sie haben das Wort.

Frau Dr. Kreutzfeldt

Ich habe nur eine Bitte an die Stadtverwaltung für eine, nicht diese, aber mal eine andere Sitzung. Ich hätte gern eine qualifizierte Statistik über das, was Herr Raue eben behauptet hat. Ist es tatsächlich so, dass die Kriminalität höher ist oder sind es einfach aus der Luft, ich

kann das im Moment leider nicht nachvollziehen, oder ist es völlig aus der Luft gegriffen? Und wer hat Angst? Ich weiß zum Beispiel, dass Frauen mit Kopftuch jeden Tag Angst haben müssen angepöbelt und angemacht zu werden. Dies ist mir zu einfach und ich hätte da gern reelle Zahlen, wie das hier ist.

Frau Haupt

Jetzt habe ich gesehen, Frau Katharina Brederlow hat sich jetzt gemeldet dazu, genau.

Frau Brederlow

Ja, zunächst muss ich Frau Haupt korrigieren. Es ist nicht so, dass wir uns dazu nicht äußern wollen, aber...

Frau Haupt

Nein, Sie haben gesagt, Resolution nicht, genau

Frau Brederlow

..es ist eine politische Äußerung. Und Frau Dr. Kreuzfeldt, das können wir gern machen, nur hätte ich da die Bitte, dass Sie das tatsächlich nochmal sortieren, was Sie dazu wollen. Weil aus der Rede von Herrn Raue konnte ich jetzt Verschiedenes zwar heraus hören, aber vielleicht, dass man das mal konkretisiert, welche Themen da ganz besonders interessieren, dann kann man gerne nochmal gucken. Ansonsten verweise ich auf unsere Berichte, den Bildungsbericht etc. Wenn es um Kriminalität geht, ist das ein Thema, was wir demnächst auch mal im Unterausschuss Jugendhilfeplanung und im Jugendhilfeausschuss haben werden, bezogen auf Jugendliche. Wie gesagt, da bitte ich nur um Konkretisierung, weil das war jetzt ein Sammelsurium, das wird schwierig, sich da etwas herauszunehmen.

Frau Haupt

Gut, dass wird sie sicherlich machen, Frau Dr. Kreuzfeldt und dann kann man das ja einreichen nochmal, danke.

Ich habe Herrn Raue nochmal, bitte.

Herr Raue

Ja, Frau Haupt, ich würde an der Stelle einfach mal um ein Wortprotokoll bitten, damit auch Frau Dr. Kreuzfeldt sich meine Worte, meine Zitate, dann auch ganz genau überprüfen kann. Ich habe da also jetzt nicht zu viel erzählt, das habe ich auch alles tief recherchiert in der polizeilichen Kriminalstatistik, die ist also wirklich tiefengegliedert und das kann man aufschlüsseln nach Städten und Gemeinden ab 100 000 Einwohner, dass sich das vielleicht Frau Brederlow nochmal mit notiert. Und da kann man im Prinzip diese ganzen Zahlen, ich habe noch ganz viel mehr Zahlen, aber die wollte ich Ihnen jetzt ersparen, die kann man da für die Stadt Halle und für alle anderen großen Städte in Deutschland kann man da nachlesen und das ist ziemlich aktuell und der Trend, der ist eben eigentlich auch völlig furchtbar.

Ja, das ist also eine Zunahme je mehr Asylnmigration in unsere Stadt kommt, desto mehr nimmt im Prinzip diese Kriminalität auch zu und das macht mich einfach auch ein bisschen fassungslos und traurig. Unsere Menschen und das ist auch das, was mich auch immerzu antreibt, die sind durch die Presseberichterstattung da überhaupt nicht auf dieses sensible Problem hingewiesen, die werden immer so ein bisschen eingepackt, eingehüllt in gute Botschaften, gute Nachrichten, aber so etwas, was eigentlich auch eine Entscheidung beeinflusst, diese Nachrichten kommen bei den Menschen nicht an oder ich sage mal zum Beispiel, wenn ich sie sage, dann sagt man mir, Herr Raue, jetzt überdramatisieren sie mal bitte nicht, so schlimm ist die Lage nicht. Aber es ist, wie ich eben gesagt habe, es ist eben ganz genau so schlimm. Jeder kann es nachlesen, es machen eben nur viele nicht und deswegen sollten wir das ernst nehmen, weil, wir müssen eben schauen, dass wir diese Stadt friedlich halten in den nächsten Generationen, ja.

Frau Haupt

Das haben Sie alles gesagt, ich werde gerade nochmal gefragt, Ihr Wortprotokoll bezog sich auf Ihre erste Rede, ja? Das nochmal, damit wir das dann machen.

Herr Raue

Ja, na klar.

Frau Haupt

Alles klar. Gibt es weitere Wortbeiträge jetzt in der Diskussion?

Ich sehe Keinen, nein. Dann können wir jetzt zum Abstimmen kommen.

Ihnen liegt der Antrag vor und ich frage zuerst die sachkundigen Einwohner nach ihrem Votum.

Herr Dr. Ali	Nein
Frau Duncker	Nein
Herr Haak	Nein
Frau Hecht	Nein
Herr Heinicke	Nein
Herr Jürisch	Nein
Herr Röttschke	Nein
Frau Schwabe	ist nicht da.

Damit war das ein Nein, einstimmig nein, abgelehnt.

Wir kommen zu der Abstimmung der Stadträte

Herr Bönisch	Nein
Frau Gellert	Nein
Frau Haupt	Nein
Herr Helmich	Nein
Frau Dr. Kreutzfeldt	Nein
Frau Krischok	Nein
Frau Mark	Nein
Herr Raue	Ja
Frau Jacobi	Nein
Herr Senius	Nein
Frau Dr. Wünscher	Nein

Damit ist der Antrag bei einer Gegenstimme aber abgelehnt.
Die Empfehlung an den Stadtrat also Ablehnung.

Ende Wortprotokoll

Abstimmungsergebnis sKE:

einstimmig abgelehnt

Abstimmungsergebnis Strä:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die ~~Der Stadtrat~~ Stadt Halle (Saale) **verabschiedet folgende Resolution.** ~~folgt dem Beispiel der Städte Cottbus (Brandenburg), Freiberg (Sachsen), Delmenhorst, Salzgitter sowie Wilhelmshaven (Niedersachsen) und beauftragt den Oberbürgermeister, beim Land Sachsen-Anhalt zu beantragen,~~ **Die Landesregierung wird aufgefordert, dass sie dieses**

von ~~seinem~~**ihrem** Recht gemäß § 12a Abs. 9 Nr. 2 AufenthG Gebrauch macht und entsprechend dieser Regelung eine Rechtsverordnung oder andere landesrechtliche Regelung zur näheren Bestimmung des Verfahrens für Zuweisungen und Verpflichtungen nach § 12a Abs. 2 bis 4 AufenthG, insbesondere den Erlass einer negativen Wohnsitzauflage (Zuzugsbeschränkung) für das Stadtgebiet Halle (Saale) gemäß § 12a Abs. 4 und 9 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) befristet für vier Jahre ~~ab positiver Entscheidung über den Antrag~~, erlässt. ~~Hierzu soll ein Antrag an den Ministerpräsidenten des LSA sowie das sachsen-anhaltinische Ministerium des Inneren gerichtet werden.~~

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Berichterstattung Jobcenter zum Arbeitsmarktmonitor, Bildung und Teilhabe etc.

Die Unterlagen liegen in Session vor.

Herr Kaltofen erhielt Rederecht und erläuterte kurz die Situation und wies auf verstärkte Aktivitäten hinsichtlich der Aufnahme von Kundenkontakten, hier auch zu den arbeitssuchenden Jugendlichen, hin.

Er erinnerte, dass das Thema „Bewerber-Stellen-Relation“ noch vorgemerkt ist, was dann aber in einer Präsenzsitzung dargestellt wird. Dies wird im Themenspeicher mit vermerkt.

Frau Gellert ging auf die Voraussetzungen von digitalen Bewerbungsgesprächen ein, da nicht jeder Jugendliche über die ausreichende Technik oder die Kenntnisse verfügt, der auf Arbeitssuche ist. Unter Pandemiebedingungen war dies eine Hürde, da die Berufsberater vor Ort nicht erreichbar waren.

Sie fragte, wie die Mitarbeiter versucht haben, Jugendliche zu erreichen, die nicht technisch erreichbar waren, welche anderen Möglichkeiten der Kontaktaufnahme gab es? Wie sieht die Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer aus, um die Attraktivität der Handwerksberufe präsenter zu machen. Wie wird der Vorschlag von Herrn Tullner angesehen, dass alle Jugendlichen zumindest über einen Hauptschulabschluss verfügen sollen, wird für diese eine reale Chance der Berufsvermittlung durch das Jobcenter gesehen?

Herr Kaltofen sagte, dass er sich bewusst gegen eine Beantwortung der letzten Frage entscheidet, da er keine Empfehlung in Richtung Politik gibt. Es gibt genügend Vermittlungsmöglichkeiten. Ein guter Hauptschulabschluss hat auch gute Chancen, er will dies aber nicht bewerten.

Zur Kontaktaufnahme während der Pandemiezeit gab es überwiegend nur die Möglichkeit über die Technik oder das Telefon. Die Kolleg/-innen haben sich bemüht, Wege zu finden, um Kontaktaufnahmen zu ermöglichen. Dennoch ist eine Kontaktlücke entstanden. Das Erreichen von Jugendlichen per Telefon ist generell schwierig, weil keine Telefonnummern

angegeben wurden oder Kontakte zum Jobcenter abgelehnt wurden. Die Berufsberater hatten ein striktes Verbot in die Schulen zur Berufsberatung zu gehen, insofern ist dies komplett während der Pandemie weggebrochen.

Jetzt sind wieder direkte Kontakte zu den Handwerksbetrieben möglich, sodass dies wieder anläuft. Die Kontakte per Video waren auch dort schwierig.

Durch **Herrn Raue** wurde zur Seite 19 des Arbeitsmarktberichtes, hier Grafik, gefragt, was es heißt, wenn jemand aus der Arbeitslosigkeit in die Nichterwerbstätigkeit abgeht. Außerdem fragte er zu den Maßnahmen, die das Jobcenter zur Qualifikation etc. anbietet, ob diese nach den Anteilen deutscher und ausländischer Arbeitnehmer aufgliedert sind. Ihn interessiert der Anteil von Ausländern, die sich in solchen Maßnahmen befinden. Zur Kurzarbeit fragte er, ob aus den Tabellen abgeleitet werden kann, wie hoch der Anteil von Deutschen und Ausländern in Halle ist. Gibt es das Problem vom Wegfall von Industriearbeitsplätzen auch im Bereich des hiesigen Jobcenters und wenn ja, aus welchem Grund erfolgt der Wegfall?

Herr Kaltfen antwortete, dass der Wegfall von Industriearbeitsplätzen in Halle kein Thema ist. Aus dem Umland ist ihm auch nichts bekannt. Eine Übersicht Kurzarbeit nach Nationalitäten untergliedert existiert nicht. Die Veröffentlichung nimmt die Bundesagentur für Arbeit vor, dort geht es um Beschäftigte in Unternehmen, insofern ist das irrelevant.

Es gibt ungefähr 1/3 mit Migrationshintergrund im Jobcenter und 2/3 sind deutscher Nationalität.

Zur Frage Abgang in Nichterwerbstätigkeit wäre bspw. der Eintritt in das Rentenalter gemeint, was der klassische Fall ist.

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 7.2 Aktueller Stand Haus der Jugend

Die Unterlagen liegen in Session vor.

Frau Brederlow verwies auf die Präsentation und hier insbesondere auf die Seiten 2,3 und 4, auf denen das Haus der Jugend vorgestellt wird. Dieses befindet sich in Neustadt, in der Nähe des Jobcenters. Sie sagte, dass es 2017 die Entscheidung gab, das Haus der Jugend fortzuführen. In der Präsentation befinden sich auch die Träger, die mitwirken. Es handelt sich um eine gemeinsame Einrichtung der Bundesagentur für Arbeit, dem Jobcenter und der Stadt Halle (Saale). Hier werden den Jugendlichen bei ihrem Übergang von der Schule zum Beruf Angebote unterbreitet. Auch junge Familien werden dort beraten.

Die jetzige EU-Förderperiode (RÜMSA) läuft aus, es ist aber eine weitere EU-Förderperiode avisiert, unter dem Titel „regioaktiv“.

Es gibt Ideen, wie man zukünftig das „Haus der Jugend“ für die Jugendlichen noch attraktiver machen kann, evtl. ist dies auch mit einer anderen Räumlichkeit verbunden.

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 7.3 **Aktueller Stand Frühe Hilfen**

Die Unterlagen liegen in Session vor.

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 7.4 **Aktueller Stand Corona**

Frau Dr. Gröger informierte kurz zum aktuellen Stand Corona, welcher sich sehr erfreulich in der Entwicklung darstellte. Es gibt lediglich vier Schulen, die Infektionsfälle zu verzeichnen hatten.

Sie wies auf die erfolgten Änderungen, wie die Bereitstellung eines digitalen Impfpasses und die Schnelltests an Schulen, hin. In der Stadt Halle (Saale) wurden mit heutigem Stand insgesamt 190 000 Impfungen durchgeführt, wovon 1/3 Zweitimpfungen waren. Sie betonte das gute Miteinander mit den niedergelassenen Ärzten, welche seit Anfang April 2021 mit dem Impfen unterstützen. Einziges Manko ist der limitiert zur Verfügung stehende Impfstoff. Seit 07. Juni wurde die Impfpriorisierung aufgehoben, sodass die Nachfrage in allen Altersgruppen entsprechend groß ist.

Sie wies darauf hin, dass die Impfvarianten nicht mehr nach den Herkunftsländern, sondern nach dem griechischen Alphabet benannt werden sollen, insofern ist die indische Variante jetzt die Delta-Variante.

Die Inzidenz liegt jetzt bei 5,45, die Maßnahmen werden immer im Rahmen der jeweiligen Landes- und kommunalen Verordnungen angepasst werden.

Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 **Herr Bönisch zu Impfungen**

Herr Bönisch fragte, ob es klare Erkenntnisse zu den Impfungen gibt, da er gehört hat, dass die Hausärzte nach einer AstraZeneca Impfung als zweite Impfung oftmals Biontech verwenden. Ist dies im Impfzentrum ebenso?

Frau Dr. Gröger antwortete, dass die Ständige Impfkommission (Stiko) festgelegt hat, dass AstraZeneca nur noch für über 60jährige infrage kommt bzw. wenn der Hausarzt, der seine Patienten gut kennt, die Entscheidung bei unter 60jährigen trifft, dass auch eine zweite AstraZeneca Impfung bei dem einen oder anderen Patienten möglich ist.

Die Impfzentren dürfen unter 60jährige nur mit AstraZeneca impfen, wenn der Patient ein Schreiben des Hausarztes mitbringt, der den Patienten aufgeklärt und keine Bedenken gegen die Impfung mit diesem Impfstoff bescheinigt hat.

Der Empfehlung der Stiko wird streng gefolgt, dass bei einer ersten Impfung mit AstraZeneca bei der zweiten Impfung ein mRNA-Impfstoff verimpft werden soll.

zu 8.2 Frau Jacobi zur Aktion für Sehbehinderte und Blinde

Frau Jacobi ging auf die Situation ein, dass rotweiße Mützen auf Poller montiert wurden, um den Sehbehinderten und Blinden den Verkehr in der Stadt zu erleichtern, indem ein sicheres Gehen auf den Fußwegen möglich ist. Der Verband der Blinden und Sehbehinderten empfiehlt, dass dort, wo dies möglich ist, eine farbige Umgestaltung erfolgen soll. Sie fragte, ob dies von der Stadt zukünftig bei der Planung mit berücksichtigt wird.

Der zuständige Verwaltungsbereich wird dies schriftlich beantworten.

zu 8.3 Frau Jacobi zum Behindertenbeirat

Frau Jacobi fragte, wann der Behindertenbeirat das nächste Mal tagt und welche Themen anstehen.

Der zuständige Verwaltungsbereich wird dies schriftlich beantworten.

zu 9 Anregungen

Da es keine Anregungen gab, beendete **Frau Haupt** die öffentliche Sitzung und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit. Sie wies darauf hin, dass eine Pause von ca. 3 Minuten sein wird, um die Bedingungen für die nicht öffentliche Sitzung herstellen zu können.

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Uta Rylke
Protokollführerin